

Herrn Bundesminister  
Hubertus Heil, MdB  
Bundesministerium für Arbeit und Soziales  
Wilhelmstraße 49  
10117 Berlin

per E-Mail: [ministerbuero@bmas.bund.de](mailto:ministerbuero@bmas.bund.de)

06.07.2023

Bearbeitet von  
Nikolas Schelling

Telefon 030 37711-470  
Telefax 030 37711-409

E-Mail:  
[Nikolas.schelling@staedtetag.de](mailto:Nikolas.schelling@staedtetag.de)

## **Arbeitslose Jugendliche brauchen maximale Förderung durch die Jobcenter**

Sehr geehrter Herr Bundesminister Heil,

mit großer Überraschung haben wir die Entscheidung des Bundeskabinetts zur Kenntnis genommen, arbeitslose Jugendliche in Zukunft durch die Agenturen betreuen zu lassen. Diese politische Festlegung erfolgte ohne vorherige fachliche Beratung. Die Kommunen als Träger der Jobcenter waren nicht einbezogen.

Wir halten diese Entscheidung für falsch. Der Zuständigkeitswechsel würde die fundierte und umfassende Unterstützung der Jugendlichen auf dem Weg in den Arbeitsmarkt untergraben und gerade bei der Ausbildungssuche und der Arbeitsvermittlung das Angebot aus einer Hand auflösen. Neue Schnittstellen zwischen Jobcenter und Arbeitsagentur würden geschaffen, und die Abläufe würden zu Lasten der jungen Menschen verkompliziert.

Außerdem steht die Entscheidung mit dem gerade erst in Kraft getretenen Bürgergeld-Gesetz im Konflikt, mit dem der Bund die integrierte Betreuung und Förderung in den Jobcentern intensivieren und ausbauen will. Der geplante Zuständigkeitswechsel würde dies für Jugendliche unmöglich machen. Zudem müssten neben der Auflösung vorhandener und erprobter kommunaler Strukturen für junge Menschen neue Strukturen in den Agenturen aufgebaut werden. Ein solcher zusätzlicher Bürokratieaufbau wäre kontraproduktiv, wenn Einsparungen im Bundeshaushalt das Ziel sind.

Die kommunalen Spitzenverbände setzen sich dafür ein, dass die Betreuung der jungen Menschen im Jobcenter verbleibt. Nur so kann die ganzheitliche Betreuung der Familien weiter praktiziert und maßgeblich junge Menschen nach Kräften unterstützt werden.

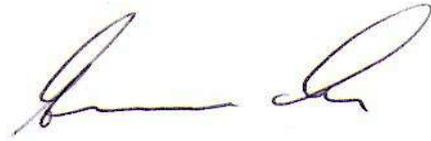
Weitere Argumente für die Betreuung der Jugendlichen durch die Jobcenter finden Sie im beigefügten Papier.

Für einen Austausch stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Helmut Dedy  
Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
des Deutschen Städtetages



Prof. Dr. Hans-Günter Henneke  
Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
des Deutschen Landkreistages

Anlage